

Frankreich nach der Parlamentswahl (Teil 2):

Was ist von der sozialdemokratisch-grün geführten Regierung in naher Zukunft zu erwarten

– im Kontext der EU-Krisenpolitik ?

„Welche Austeritätspolitik für die Linksregierung?“ fragte die Pariser Abendzeitung **Le Monde** in ihrer Ausgabe vom Sonntag, den 10. Juni (die in Paris am Vorabend im Verkauf war) von der Titelseite herab. Also rechtzeitig zum entscheidenden zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahl vom vergangenen Sonntag, bei dem die Sozialdemokratie zusammen mit ihren kleinen linksliberalen Verbündeten am Ende eine absolute Mehrheit an Sitzen gewann.

Hinzu kommen zu ihren 302 Sitzen – für eine Parlamentsmehrheit wären 289 Mandate erforderlich – noch die 18 Sitze für das Wahlbündnis **Europe Ecologie-Les Verts** (EELV) aus Grünen und Linksbürgerlichen, das seit Mitte Mai 2012 ebenfalls mitregiert. Damals wurde infolge des Wahlsiegs von François Hollande bei der Präsidentschaftswahl eine Übergangsregierung unter Jean-Marc Ayrault gebildet. Nach deren Bestätigung durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen wird es voraussichtlich nur sehr minimale Regierungsumbildungen geben, wenn nun das dauerhafte Kabinett für die kommenden Jahre auf den Weg gebracht wird.

Dabei haben die Wählerinnen und Wähler sicherlich nicht bewusst für eine Variante von „Austeritätspolitik“ gestimmt, sondern eher in der Absicht, so weit wie möglich von den Auswirkungen der Krise und der sozialen Einschnitte verschont zu werden. Und dennoch macht sich kaum jemand Illusionen über den weiteren Fortgang der Entwicklung: Anders als 1981, als der bis vor wenigen Wochen einzige „sozialistische“ Staatspräsident der Fünften Republik – François Mitterrand – mit dem Versprechen **„Ändern wir das Leben!“** ins Amt gewählt wurde, erhofft sich heute wohl von der Wahl niemand ernsthaft Ansätze für eine veränderte Gesellschaftsordnung. Viele Menschen in Frankreich gingen auch gar nicht zur Wahl, fast 43 Prozent enthielten sich im ersten Wahlgang und fast 44 Prozent in der zweiten Runde der Stimme.

Die Rechte überlässt der Sozialdemokratie den Ritt auf dem Tiger

Dabei war freilich auch aufgrund der wenige Woche zuvor liegenden Präsidentschaftswahlen die Luft draußen: Gerade in Krisenzeiten wünschte kaum jemand, eine **cohabitation** herbeizuführen, also ein Nebeneinander zwischen einem Staatspräsidenten und einer

Parlamentsmehrheit aus jeweils gegnerischen politischen Lagern wie zuletzt zwischen 1997 und 2002. Die konservativ-wirtschaftsliberale Rechte hatte deswegen in den letzten zwei bis drei Wochen auch nicht wirklich ernsthaften Wahlkampf betrieben, jeweils nicht ihre zentralen Apparate. Auf örtlicher Ebene, wo Parteifunktionäre um ihre politische Zukunft kämpften, sah es sicherlich anders aus. Die zentralen Parteiführungen dagegen signalisierten von sich aus, dass sie eine *cohabitation* nicht für eine gute Konstellation hielten, wie es etwa Ex-Innenminister Claude Guéant im Mai 12 formulierte. Letzterer dürfte damals allerdings nicht erwartet haben, in seinem Wahlkreis Boulogne-Billancourt an einem bürgerlichen Gegenkandidaten aus dem eigenen Lager zu scheitern. Auf strategischer Ebene gingen die Chefs des konservativen Lagers wohl überwiegend davon aus, in der gegenwärtigen Phase der Krise möge man ruhig die Sozialdemokraten erst einmal die Suppe auslöffeln lassen, um sich selbst in mittelfristig in einer „Oppositionskur“ zu regenerieren – auf dass die Regierungslinke Zeit habe, sich bei ihren heutigen Wählerinnen und Wählern zu diskreditieren. Soll sie doch einstweilen den Tiger reiten, und die akuten Krisenlasten bewältigen!

Tatsächlich steht die Sozialdemokratie nunmehr außerordentlich stark in der Verantwortung: Sie regiert seit 2004 fast alle französischen Regionen mit Ausnahme des Elsass, seit dem 25. September 2011 weist erstmals seit Begründung der Fünften Republik der Senat – das parlamentarische „Oberhaus“ – eine sozialdemokratische Mehrheit auf. Und nun verfügt das blass rosafarbene Regierungslager auch über den Präsidentenposten sowie eine Mehrheit in der Nationalversammlung. Dabei besteht erstmals seit der Periode 1981 bis 1986 für die Sozialdemokratie eine eigene, absolute Sitzmehrheit, ohne dass rein rechnerisch Koalitionspartner oder Verbündete erforderlich wären.

Entsprechend stark könnte in näherer oder ferner Zukunft die Enttäuschung ausfallen, auch wenn die Erwartungshaltungen der Stimmbürger – anders als bei früheren Linksregierungen – von vornherein ungleich geringer ausfielen. Darauf hoffen etwa diese Polizisten, die am vergangenen Freitag mit lauter Stimmen im Pariser Vorortzug RER B diskutierten und anscheinend Wähler der extremen Rechten waren: ***„Ihre Verantwortung wird total sein, wenn sie versagen, und dann wird es keine Entschuldigung geben! Hoffen wir, dass es in den Vorstädten und sonst wo explodiert, dann werden die Leute schon aufwachen...“***

Keine Alternative zur Austerität

Im Kern boten die nunmehr regierenden Sozialdemokraten von vornherein wenig Alternativen zum bürgerlichen Kurs, dessen Kernprogramm lautete, Einsparungen bei Sozial- und sonstigen Staatsausgaben vorzunehmen und zu einem „ausgeglichenen Haushalt“ zurückzukehren. Die Konservativen unter Sarkozy versprachen im Wahlkampf einen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung bis 2016, die Sozialisten François Hollande bis 2017. Und während erstere ein Verschuldungsverbot – bezeichnet als „Goldene Regel“ (*règle d’or*),

wie auch etwa im Italienischen – künftig in der Verfassung festschreiben wollten, schlugen die Letztgenannten als Alternativen vor, sie durch ein „einfaches Gesetz“ zu regeln. In der Sache blieb dies ziemlich alternativlos.

Am späten Abend dieses Mittwochs (20. Juni 12) meldet nun die konservativ-wirtschaftsnahe Tageszeitung *Le Figaro*, die aktuelle sozialdemokratische bzw. ‚rot-grüne‘ Regierung plane in allernächster Zukunft einen drastischen Abbau der Staatsausgaben. Im Kern solle an Nicolas Sarkozys seit 2007 verfolgter Politik, für jeden zweiten – alterbedingten oder sonstigen – Abgang eines oder einer Staatsbediensteten niemanden neu einzustellen, sondern die Stelle vakant zu lassen bzw. abzubauen, nicht gerüttelt werden. Zwar wolle man bei dem Versprechen aus dem Wahlkampf bleiben, den Stellenabbau im öffentlichen Schulwesen (der unter Sarkozy radikale Folgen zu zeitigen begann, in vielen ärmeren Bezirken krachte das öffentliche, kostenlose und laizistische Schulwesen aus den Nähten und gewannen die konfessionell gebundenen u. zahlungspflichtigen Privatschulen an Zulauf) aufzuhalten bzw. teilweise umzukehren. Dazu sollen 60.000 Wiedereinstellungen im Bildungswesen über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg vorgenommen werden, nachdem Sarkozy in seiner fünfjährigen Amtszeit allein über 80.000 Lehrer/innen-Arbeitsplätze abgebaut hatte. Dieses Versprechen stehe nicht in Frage, ebenso wenig wie eine Stabilisierung der Personalzahlen bei Justiz und Polizei, berichtet *Le Figaro*. Dagegen solle nun anderswo ein umso stärker beschleunigter Abbau, vielleicht sogar durch Nichtersetzung zweier Abgänge von dreien, verfolgt werden. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2012/06/20/20002-20120620ARTFIG00789-depenses-de-l-etat-coupes-drastiques-en-preparation.php>) Man fragt sich nur, wo: in Krankenhäusern? Bei der Steuerkontrolle?

Im Laufe des Tages reagierte das Regierungslager, freilich eher ziemlich halbherzig: Arbeits- & Sozialminister Michel Sapin wollte die Meldung *nicht „in allen Punkten“* bestätigt wissen... Vgl. http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2012/breve/2012/06/21/michel-sapin-ne-confirme-pas-point-par-point-les-reductions-de-fonctionnaires-evoquees-par-le-figaro_1722134_1471069.html

Frankreich als Kopf des ‚Club Méditerranée‘? Da graust’s dem Kapitalistenmagazin, und der Laie wundert sich...

Nichtsdestotrotz hatte die in London basierte Wirtschaftszeitschrift *The Economist* wenige Wochen vor der Wahl vor einer „französischen Realitätsverweigerung“ gewarnt: Das Land und seine Wähler wollten nicht von der Sucht nach Staatsausgaben und Geldern für Soziales ablassen, kritisierte das Kapitelkreisen nahe stehende Blatt. Am Wahlabend am zurückliegenden Sonntag wiederholte eine Redakteurin der Zeitschrift dies bei der Journalistenrunde im öffentlich-rechtlichen französischen Fernsehen. Und behauptete glatt, nunmehr sei Frankreich dabei, die Allianzen zu wechseln: Bisher habe es mit dem – aus ihrer Sicht vernünftiger Weise auf einen soliden Sparkurs pochenden – Berlin gegen die

verschwendungssüchtigen Südländern an einem Strang gezogen. Jetzt aber, so malte sie ihr vermeintlich gerade Realität werdendes Horrorszenario weiter aus, sei eine umgekehrte Allianz im Entstehen: Paris nehme „die Führung in einem Bündnis der Südländer der EU gegen Berlin“ ein.

Nicht nur die wirtschaftsnahe Journalistin schüttelte es bei dieser Schreckensvorstellung. Auch die Wahlverlierer von der bürgerlichen Rechten machten dies in den letzten Tagen vor der Stichwahl vom Sonntag und am Wahlabend zum Diskussionsgegenstand: UMP-Parteichef Jean-François Copé und sein früherer Premierminister, Jean-Pierre Raffarin, warnten davor, die Regierung sei dabei, das „deutsch-französische Paar“ – wie es in Frankreich gemeinhin genannt wird – aufs Spiel zu setzen. Raffarin antwortete auf die Frage, welche Wünsche er an die neue Regierung richte, er erwarte von ihr eine Wiederannäherung an die deutsche Position in der EU.

Umgekehrt wäre nichts falscher als die Annahme, Hollande stelle sich etwa schützend vor Griechenland, um – so die deutsche Sicht – dessen Lotterladen gegen Berliner Streng in Schutz zu nehmen. Am 03. Juni 12 hatte François Hollandes frisch gekürter Finanzminister Pierre Moscovici - der unter der letzten sozialdemokratischen Regierung vor 2002 damaliger französischer Europaminister war - sich in verhaltenen Worten, aber deutlich für einen Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone ausgesprochen, „**falls das Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommt**“ (Vgl. <http://tempsreel.nouvelobs.com/topnews/20120603.AFP8121/euro-moscovici-n-exclut-pas-une-sortie-de-la-grece-si-elle-renonce-a-ses-engagements.html> oder <http://www.lejdd.fr/Economie/Actualite/Moscovici-envisage-une-sortie-de-la-Grece-de-la-zone-euro-516367/>) Gemeint war damit, falls Athen im damals für möglich erachteten Falle eines Wahlsiegs der Linksformation **Syriza** das mit EU und IWF vereinbarte Spardiktat in Frage stellen wolle. Dass sein derzeitiger höchster Chef François Hollande ähnliche Worte vergangene Woche in einem Interview mit dem griechischen Fernsehkanal **Mega** wiederholte, verdeutlichte nur, dass es sich dabei um eine Regierungsposition handelte.

Unterstützung hätte Syriza – falls die Liste von Alexis Tsipras denn die griechische Wahl gewonnen hätte – sich vom französischen Linksbündnis unter Jean-Luc Mélenchon erhoffen könne. Dessen diesjähriger Präsidentschaftskandidat, Mélenchon, empfing Tsipras im Mai 12 nach der damaligen, und jetzt wiederholten, ersten griechischen Parlamentswahl in Paris. Er bekräftigte dessen Position, Griechenland solle im Euro bleiben und keine nationalstaatlichen Alleingänge versuchen, gleichzeitig aber auch die Sparzwänge aufbrechen, indem es zu Zuspruch in anderen EU-Staaten für einen solchen Kurs finde. Auf eine ähnliche Position hatte die französische „Linksfront“ aus KP und Mélenchons Linkspartei – einer Abspaltung aus der Sozialdemokratie – sich in ihrer Programmdebatte 2010/11 geeinigt, als sie sich unter dem Einfluss ihrer Wirtschaftswissenschaftler dafür und gegen eine Position für einen Euro-Austritt entschied. Doch Syriza verlor die Wahl in Griechenland, und das französische Linksbündnis wird trotz knapp sieben Prozent der Stimmen nur noch über 10 Sitze im französischen Parlament (und dank unabhängiger Übersee-Abgeordneter aus der Karibik noch den Fraktionsstatus behalten).

Linke Alternativen sind in näherer Zukunft aus dem französischen Regierungsblock ebenso wenig zu erwarten wie scheinbares mediterranes *Laissez-faire*.

